



Presseschau vom 25.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNI-AN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

dnr-news.com: „Wir schämen uns, dass wir noch nicht in Donezk sind“ Biletzky rief dazu auf, die ermordeten Brüder zu rächen

Die Kämpfer von „Asow“ haben in der Nähe von Mariupol wieder eine pathetische Kostümveranstaltung durchgeführt mit Fackeln, Leuchtraketen und Beleuchtungstechnik für Konzerte. Dieses Mal war die Aktion den durch die Volksmiliz liquidierten „Asowern“ gewidmet.

Der Führer der ukrainischen Neonazis Andrej Biletzky machte einen geschichtlichen Exkurs auf einer Anhöhe mit einer Installation von drei brennenden Schwertern. Er erläuterte, dass diese Anhöhen „die älteste militärische Tradition der Ukraine“ darstellten.

„Die Skythen, die Russen, die Kosaken, die Strelitzen, die Kämpfer der UPA. Und nun wir. Warum ist diese Tradition für uns wichtig? Weil das die Erinnerung daran ist, wofür unsere Freunde starben.

Wir sollten uns schämen, dass wir noch nicht in Donezk sind! Dass unser Land nicht wirklich uns gehört. Und wenn ein Mensch sich schämt, so sagt er sich im Inneren: Ich werde dort sein! Unser Landstrich wird wieder ukrainisch werden“, sagte Belitzky.

Ein Video von der neonazistischen Aktion gibt es hier: <https://youtu.be/iLVJ2uPXIAw>



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-09/thumbs/1506247419_screenshot_9.jpg

vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **zehnmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse, Kalinowka, Losowoje, Shelobok, Prischib und Kalinowo-Borschtschewatoje.**

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Abwehrgeschützen, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **32 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **16 Ortschaften der Republik** mit Mörsern, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Syrien kontrolliert wieder die Mehrheit seiner Erdöllagerstätten. Die syrische Regierung kann bis Ende nächsten Monats die völlige Kontrolle über alle Erdöl- und Gaslagerstätten zurückerlangen. Dies berichtet der syrische Botschafter in China, Imad Moustapha, im Interview mit der chinesischen englischsprachigen Zeitung „Global Times“ bekannt.

„In den letzten zwei Monaten haben wir die Kontrolle über die meisten großen Lagerstätte zurückgewonnen und wir glauben, dass die syrische Regierung bis Ende nächsten Monats die Erdöl- und Gaslagerstätte zu 100 Prozent in den Griff bekommt“,

so der Botschafter.

Er hat auch betont, dass in Syrien Projekte für den Nachkriegswiederaufbau ausgearbeitet würden. Die Stromversorgung, der Energiesektor und der Wohnungsbau sind für die syrische Regierung eine Priorität.

Zuvor war berichtet worden, Privat- und Staatsunternehmen aus China wollten zwei Milliarden US-Dollar in die Wirtschaft des umkämpften Syriens investieren. Das Geld solle für die Wiederherstellung der Wasser- und Stromversorgung, für den Bau von Straßen und Häusern ausgegeben werden.

Dnr-online.ru: Der Minister für Einnahme und Abgaben der DVR Alexandr Timofejew besuchte einen Treibhauskomplex, der im Budennowskij-Bezirk von Donezk gelegen ist.

„Dieser Komplex existierte bereits in der Sowjetunion, aber die Ukraine hat ihn zerstört und er war 20 Jahre lang aufgegeben. Vor einem halben Jahr hat das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko die Aufgabe gestellt, die Lebensmittelsicherheit der Republik zu gewährleisten und dieser Komplex hat ein zweites Leben erhalten.

Hier werden Kohl, Tomaten, Auberginen, Paprika angebaut und alles, was für eine Suppe nötig ist. Im nächsten Jahr wird die Republik die Bevölkerung vollständig mit eigenem Gemüse versorgen. Vor uns steht nicht die Aufgabe, einen Gewinn zu erwirtschaften, sondern die Bevölkerung mit guten und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln zu tragbaren Preisen zu versorgen“, berichtete Alexandr Timofejew.

de.sputniknews.com: Trump verbietet US-Einreise für Nordkoreaner und Venezolaner
US-Präsident Donald Trump hat neue Einreisebeschränkungen verkündet und auch Venezuela, Nordkorea und Tschad auf die Verbotsliste gesetzt. Das geht aus einer Erklärung Trumps hervor, die der Agentur Sputnik zugegangen ist.

Das Einreiseverbot für die drei genannten Staaten soll am 18. Oktober in Kraft treten. Auf der schwarzen Liste bleiben der Iran, der Jemen, Libyen, Syrien und Somalia. Ein Land, der Sudan, ist aus der Liste gestrichen worden.

Die Restriktionen betreffen auch jene Ausländer, deren Verbindung mit US-Bürgern bewiesen ist. Für die Bürger von sieben Ländern sind die Immigrations- und die Nicht-Immigrationsvisa ausgesetzt worden.

Der Präsident begründet seine Entscheidung damit, dass eine gefahrlose Auswahl von Immigranten unmöglich sei.

„Meine Priorität Nummer eins besteht darin, zu erreichen, dass Amerika in Sicherheit ist“, schrieb Trump auf seiner Twitter-Seite.

In seiner offiziellen Erklärung hat Trump das Einreiseverbot gegen Nordkorea und Venezuela damit begründet, dass diese Länder mit den US-Behörden in Sachen Visa nicht zusammengearbeitet hätten.

Trump hatte Ende Juni einen Erlass unterschrieben, der die Einreisegenehmigungen für Bürger aus dem Iran, dem Jemen, aus Libyen, Syrien, Somalia und dem Sudan für 90 Tage stoppte. Darüber hinaus wurde das Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge für 120 Tage ausgesetzt.

dnr-news.com: Weißrussland hat gegenüber der Ukraine gegen die rowdyhaften Aktion

an seiner Botschaft in Kiew protestiert

Die Botschaft Weißrusslands in Kiew berichtete am Montag, dass sie Protest gegenüber der Ukraine eingelegt hat gegen die rowdyhafte Aktion an der diplomatischen Vertretung der Republik.

Nach Information der Botschaft hatte am 23. September eine Gruppe von Menschen eine „aggressive Aktion mit anti-weißrussischer Orientierung“ durchgeführt.

„Es war zu bemerken, dass die Teilnehmer der Aktion verummumt waren, sich dreist und aggressiv benahmen, Feuerwerkskörper verwendeten, weshalb die Botschaft der Republik Weißrussland in der Ukraine Protest einlegte gegenüber der ukrainischen Seite und die Durchführung einer entsprechenden Ermittlung forderte“, informierte der Pressedienst der Botschaft.

Die weißrussische Seite forderte auch die Gewährleistung der Sicherheit der arbeitenden diplomatischen Vertretung der Republik.

de.sputniknews.com: Linke verurteilen Deutschlands Russland-Politik – Spitzenkandidat Bartsch

Die Partei „Die Linke“ verurteilt laut dem Spitzenkandidat Dietmar Bartsch Berlins Politik gegenüber Moskau.

Da habe die Partei unverändert eine klare Haltung, sagte Bartsch am Montag bei einer Presskonferenz zu den Ergebnissen der Bundestagswahl. Man kritisiere sehr deutlich die Russland-Politik Deutschlands, weil sie absolut falsch sei.

„Wer wirklich meint, mit Sanktionen ein Land in die Knie zwingen zu können oder ähnliches, der liegt falsch“, betonte der Politiker. „Und ich bin vergleichsweise sicher, dass es hier Veränderungen geben wird.“

Die Parteivorsitzende Katja Kipping hat ebenfalls bestätigt, dass die Aufhebung der Russland-Sanktionen eine eindeutige Position der Partei bleibe.

Dem vorläufigen Endergebnis zufolge erreicht die Union 33,0 Prozent. Die SPD kommt landesweit auf 20,5 Prozent. Drittstärkste Kraft wird die AfD mit 12,6 Prozent — sie zieht erstmals ins Parlament ein. Dahinter kommen FDP mit 10,7 Prozent, Linke mit 9,2 Prozent und Grüne mit 8,9 Prozent.

Ukrinform.ua: Poroschenko und Hrojsman gratulieren Merkel

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko und Regierungschef Wolodymyr Hrojsman haben Bundeskanzlerin Angela Merkel am Wahlabend zu ihrem Sieg bei der Bundestagswahl gratuliert.

„Aufrichtige Glückwünsche für Angela Merkel, die Siegerin der Parlamentswahl und Anführerin des Friedens und der Stabilität in Europa. Der Sieg, der die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine und ihre Zukunft in dem vereinten Europa näher rücken lässt“, schrieb Poroschenko auf Twitter.

Der Regierungschef Wolodymyr Hrojsman twitterte: „Gratuliere Angela Merkel und ihrer politischen Kraft zum Sieg bei der Parlamentswahl. Die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten wird sich weiter entwickeln.“



https://static.ukrinform.com/photos/2017_05/thumb_files/630_360_1495284236-3166.jpg

Nachmittags:

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
Am Samstag, den 23. September hat eine Gruppe von Soldaten der 1. Kompanie des 109. Gebirgssturmbataillons in Katerinowka den Geburtstag eines Kameraden gefeiert.

Während der Veranstaltung haben ukrainische Soldaten aus Unvorsichtigkeit geschafft, einen **Kommandobeobachtungspunkt des Zugs in Brand zu setzen**, der in dem Unterstand liegt. Durch das Feuer wurde ein ganzes Arsenal von Schusswaffen vernichtet – ein großkalibriges Maschinengewehr, eine Kalaschnikow, zwei Antipanzerraketen, zwei Antipanzerhandgranaten, drei Maschinengewehre AK-47. Als ihnen das gesamte Ausmaß der Strafe für den Verlust der Waffen klar wurde, versuchten sie, die genannten Schusswaffen als defekt in der Folge eines Beschusses von Seiten der Volksmiliz der LVR abzuschreiben.

Er fügte hinzu, dass der Kommandeur der Kompanie des 109. Bataillons seiner Funktion enthoben wurde, die Ermittlung befindet sich unter Kontrolle des Militärstaatsanwalts der „ATO“.

Im Gebiet von Solotoje, im Verantwortungsbereich der 10. Gebirgssturmgrade, wurde ein Fall festgestellt, dass ein Soldat des 109. Bataillons auf eine Minensperre geriet, als er gezwungen war wegen der geringen Versorgung durch den rückwärtigen Dienst gezwungen war wegen Brennholz auf ein Minenfeld zu gehen. In der Folge verlor er das Augenlicht und erlitt zahlreiche Splitterverletzungen.

Im Pressezentrum der „ATO“ wurde erklärt, dass Soldaten der ukrainischen

Streitkräfte im Gebiet von Krymskoje und Nowotoschkowskoje angeblich das Feuer auf die Positionen der Volksmiliz der LVR „erwidert“ hätten.

Vor allem hängt dies damit zusammen, dass es für die Regierung der Ukraine **immer schwieriger** wird, die **Fälle von Beschüssen des Territoriums der LVR zu verheimlichen**, weil auch die Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueereinstellung und die OSZE-Beobachter darauf hinweisen, dass die Beschüsse vom von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium ausgehen.

Die verbrecherische Kiewer Regierung geht zur Rechtfertigung solcher Handlungen zu Fälschungen von Daten über und gibt an, dass die Beschüsse angeblich als Erwidierung erfolgen, was durch die Minsker Vereinbarungen nicht verboten ist.

de.sputniknews.com: Kaczyński: „Deutschland wird Reparationszahlungen an Polen nicht ablehnen“

Polen hat vor, die Frage der deutschen Reparationszahlungen auf internationaler Ebene zu besprechen. Dies hat der Chef der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Jarosław Kaczyński, im Interview mit der polnischen Tageszeitung „Sieci Prawdy“ bekannt gegeben.

„Es gebe keine Rechtsgrundlage, der gemäß Deutschland unsere Forderung abweisen kann. Hier muss man nachhaltig handeln und alle Aktionen in Etappen teilen.

Momentan ist es nicht die Etappe des offiziellen Auftretens des polnischen Staates, sondern die Sejm-Etappe“, sagte Kaczyński.

Er hat daran erinnert, dass der polnische Präsident Andrzej Duda dieses Thema im Gespräch mit dem Bundespräsidenten Frank-Walter-Steinmeier bereits aufgeworfen hätte. Dem PiS-Chef zufolge soll die Frage detailliert ausgearbeitet sein, um daraus ein internationales Problem zu machen und dann konkret in Aktion zu treten.

Polen habe nicht nur menschliche, sondern auch enorme materielle Verluste im Zweiten Weltkrieg erlitten.

„Man muss von jenen Zügen mit den geraubten Kunstwerken, Wertsachen und sogar Privatsachen der polnischen Bürgern sprechen“, sagte Kaczyński. „Das Gefühl der Straflosigkeit bei den Okkupanten hat dazu geführt, dass diese Verbrechen massenhaft begangen wurden, aber offiziell nicht als solche gelten.“

„Diese Menschen haben geraubt und getötet... Das alles muss beschrieben und ersetzt werden. Wir lassen es nicht zu, dass alle Grausamkeiten und Verbrechen des Zweiten Weltkriegs auf den Holocaust beschränkt werden“, betonte er.

Zuvor hatte die polnische Regierungschefin Beata Szydło (PiS) von Deutschland erneut Zahlungen in Milliardenhöhe gefordert, und zwar mit der Begründung, dass es sich um „unfassbare Verbrechen im Zweiten Weltkrieg“ handele.

Deutschland soll dabei eine eigene „historische Politik“ verfolgen. Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg hatte sich Deutschland gegenüber den Siegermächten und Nachbarländern dazu verpflichtet, materielle und finanzielle Ausgleichszahlungen zu leisten. Sowohl die östlichen (DDR) als auch die westlichen deutschen Besatzungszonen (BRD)

[ukrinform.ua: Geld des Janukowytsch-Clans: Generalstaatsanwaltschaft beginnt mit Beschlagnahme von 200 Mio. Dollar](#)

[Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine hat damit begonnen, 200 Millionen Dollar](#)

des Clans um den ehemaligen Staatspräsidenten Wiktor Janukowytsch zu konfiszieren. Das gab die Pressesprecherin der Behörde, Larysa Sargan, auf Facebook bekannt. „Die Sonder-Konfiskation von \$200 Millionen der organisierten Verbrecherorganisation von Janukowytsch. Die ersten Millionen Dollar flossen in den Staatshaushalt“, schrieb sie. Sargan veröffentlichte auch ein Video, auf dem zu sehen ist, wie der Generalstaatsanwalt Luzenko die Ukreximbank besucht. Die Beschlagnahme hatte das Bezirksgericht Sosniwskyi in der Stadt Tscherkassy angeordnet.

de.sputniknews.com: Kreml zu Ergebnissen der Bundestagswahl
Russland hat immer Respekt vor der Wahl der Bürger. Somit reagierte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow auf die Ergebnisse der Bundestagswahl, infolge der die AfD zur drittstärksten Kraft im Land geworden ist.
„Unser Präsident weist immer wieder darauf hin, dass man in Moskau die Stimme der Wähler dieses oder jenes Land immer mit Respekt wahrnimmt und es für unmöglich hält, die Ergebnisse dieser Willensäußerung zu kommentieren“, so Peskow.
Dabei wies er darauf hin, dass die innenpolitische Situation hinsichtlich der Parteien in Russland gut bekannt und ziemlich stabil sei. „Bei uns gibt es eine Partei, die absolute Führungspositionen einnimmt – das ist ‚Geeintes Russland‘. Wir haben aber auch Parteien, die eine parlamentarische Opposition vertreten, und die kennen Sie recht gut“, so der Sprecher des russischen Präsidenten weiter.
Darüber hinaus gebe es eine große Menge an außerparlamentarischen Parteien. Der Einfluss von rechten Parteien auf die Wähler in Russland falle allerdings sehr gering aus, unterstrich Peskow.
Der Kreml-Sprecher erinnerte daran, dass Deutschland immer ein wichtiger Partner für Russland gewesen sei, sowohl im Handels- und Wirtschaftsbereich als auch im Bereich der Investitions-Zusammenarbeit. Deswegen würden die aktuellen Ereignisse im Land im Kreml natürlich aufmerksam analysiert. „Insgesamt hat die Partei von (Bundeskanzlerin Angela — Anm. d. Red.) Merkel die Wahl gewonnen, nun steht die Bildung der Regierung bevor. Wir werden dies aufmerksam verfolgen“, äußerte Peskow.

de.sputniknews.com: „Ukrainische Cyborgs“ wegen Russen auf Apple eingeschleppt
Ukrainische Militärs haben vom US-Unternehmen Apple Entschuldigungen gefordert, weil es in seiner Werbung für die Uhren Apple Watch die Wortverbindung „russischer Cyborg“ verwendete. Als Antwort darauf machten die Ukrainer ein eigenes Video, in dem sie ihre Forderung, die Werbung zu „korrigieren“, äußerten. Dies berichtet der TV-Sender „Kanal 24“.

Bei dem „russischen Cyborg“ aus der Apple-Werbung handelt es sich um Dmitri Ignatow, den Moderator des russischen Fernsehsenders „MatchTV“. Ignatow bezeichnet sich selbst als Cyborg wegen seiner Beinprothese.
In der Ukraine werden als „Cyborgs“ aber die Militärs bezeichnet, die zwischen Herbst 2014 und Winter 2015 an den Kampfhandlungen um den Flughafen von Donezk teilnahmen.
So behaupten die „ukrainischen Cyborgs“, dass Apple mit dieser Werbung Russland bewusst oder unbewusst unterstütze.
„Wir rufen dazu auf, das Werbe-Video dringend zu ändern und sich schriftlich bei den

„Cyborgs“ zu entschuldigen“, so die Clip-Verfasser.

Zuerst war das Video auf dem YouTube-Kanal „Pobratimi Trening“ veröffentlicht worden, ist dort aber aktuell nicht mehr abrufbar. Jedoch verbreitete sich der Clip weiter im Internet.

Zum Apple-Video: <https://youtu.be/N-x8Ik9G5Dg>

Zum ukrainischen Antwort-Video: https://youtu.be/OG_XIZQjBSU

de.sputniknews.com: Kiew soll Hoffnung auf US-Waffen aufgeben – Rada-Abgeordneter

Kiew soll laut dem fraktionslosen Abgeordneten der Obersten Rada (ukrainisches Parlament), Viktor Baloga, aufhören, auf die Lieferung von letalen Waffen aus den USA und Kanada zu hoffen.

„Wir sollten das Thema der Lieferung von letalen Waffen von der Tagesordnung absetzen und nie wieder darüber spekulieren“, schrieb Baloga auf seiner Facebook-Seite. „Die USA, genauso wie Kanada, werden dies nie tun. Weil Russland für sie trotz unserer Wünsche ein Land bleibt, mit dem man auskommen muss. Keiner wird es einmal mehr ärgern.“

Kiew müsse sich zudem darüber im Klaren werden, dass „die Welt nicht nur von Problemen der Ukraine lebt“. Die Rettung der Ukraine liege in ihren eigenen Händen, so der Abgeordnete.

Früher hatte Washington Kiew militärische Hilfe nur in Form von Uniformen, Ausrüstungen und Ausbildung von Soldaten erwiesen.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte am Montag in der vergangenen Woche mitgeteilt, dass der US-Senat angeblich 500 Millionen US-Dollar Militärhilfe für die Ukraine gebilligt habe. Derzeit sieht das offizielle, vom US-Senat gebilligte Verteidigungsbudget nur 150 Millionen Dollar für die Ukraine vor. Davon sollen aber bloß 75 Millionen Dollar sofort zugänglich werden, für die restliche Summe ist eine Extra-Zustimmung des Senats erforderlich.

Russland hatte wiederholt vor den Waffenlieferungsplänen an die Ukraine gewarnt, da dieser Schritt aus seiner Sicht lediglich zu einer Eskalation des Konflikts im Donbass führen werde. Auch ein Großteil der europäischen Politiker hat sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen.

[Ukrinform.ua: Friedensmarsch in Vilnius gegen russische Aggression](#)

[In der Hauptstadt von Litauen hat am Sonntag auf dem Zentralprospekt der Friedensmarsch „gegen das aggressive militärische Vorgehen Russlands, Nordkoreas und anderer Länder“ stattgefunden, teilte dem Ukrinform-Korrespondenten eine der Organisatoren des Marsches, Irina Kalmykowa, mit.](#)

de.sputniknews.com: USA wollen Reform zur Dezentralisierung von Moldau unterstützen

Die US-Agentur für die internationale Entwicklung (USAID) plant, ein Projekt zu starten, das die Unterstützung der Reform zur Dezentralisierung und „Stärkung der örtlichen Verwaltungsorgane“ der Republik Moldau vorsieht. Dies berichtet das Nachrichtenportal „RT“ am Montag.

Als Teilnehmer des Projektes, mit dem sich „RT“ vertraut gemacht hatte, sind in dem

Dokument russische und rumänische Gemeinden angegeben. Es sollen die örtlichen Verwaltungsbehörden, gesellschaftliche Organisationen und Aktivisten der Bürger mit herangezogen werden.

Darüber hinaus sei im Rahmen des Programms die Zusammenarbeit mit Vertretern der zentralen Machtorgane vorgesehen, um eine „Stärkung der demokratischen Verwaltung“ zu erreichen.

In den Materialien des Projekts wird betont, dass sich die moldauische Wirtschaft unter dem Einfluss „der politischen Instabilität, der Schwäche des Verwaltungsapparats, der Oligarchen-Gruppierungen, der Korruption sowie des Drucks seitens Russlands“ befinde. Zur „Verbesserung der Lebensqualität“ sei USAID bereit, bis zu 20,5 Millionen US-Dollar zur Verfügung zu stellen.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden wurden **32 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt. **In Richtung Donezk** hat der Gegner Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **zehn Ortschaften** wurden zehn Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner fünf Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf Kominternowo abgeschossen, die Gebiete von **Sachanka, Dsershinskoje und Leninskoje** wurden mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner zehn Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf das Gebiet von **Sajzewo** abgeschossen, Gebiete von **Gorlowka** wurden mit Schützenpanzern und Schützenpanzerwagen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Im Gebiet von Awdejewka wurde die Ankunft von Einheiten aus der 54. mechanisierten Brigade zur Ablösung der 72. mechanisierten Brigade bemerkt. Nach Angaben unserer Aufklärung wurde dem Brigadekommandeur Majstrenko vom Kommando der ATO die **Aufgabe gestellt, die Lage in seinem Verantwortungsbereich maximal zu destabilisieren**. Wir merken an, dass die Einheiten der 54. Brigade sich zuvor durch besondere Härte beim Beschuss der Ortschaften der Republik Dolomitnoje, Sajzewo und Golmowskij in Richtung Gorlowka ausgezeichnet haben sowie auch bei der Verschärfung der Lage am „Swetlodarsker Bogen“.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde die Aktivität von **mobilen Diversionsgruppen** der 128. Gebirgsjägerbrigade **im Gebiet von Dsershinsk** festgestellt, die auf dem Territorium von Industriehallen des Unternehmens „Megatex“ stationiert sind und deren Hauptaufgabe die Führung von provokativen Mörser- und Schusswaffenbeschüssen sowohl der Positionen der Streitkräfte der DVR als auch von Ortschaften, die sich unter der Kontrolle der Ukraine befinden, ist. Die Aktivitäten der Feuergruppen finden nachts statt.

In analoger Weise ist auch eine mobile Gruppe aktiv, die aus Kämpfern der „Ukrainischen Freiwilligenarmee“ besteht, die Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Bezirk Wolnowacha unter Verwendung von Mörsern des Kalibers 82mm beschießt.

Auf Grundlage der festgestellten Fakten provokativer Beschüsse von den Positionen der ukrainischen Truppen aus kann der Schluss gezogen werden, dass die ukrainische Seite nicht die Absicht hat, einem friedlichen Weg zur Regelung des Konflikts zu folgen. Der Stab der „ATO“ plant eine kontinuierliche Diskreditierung der Streitkräfte der DVR durch fabrizierte Beschuldigungen der Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen.

Ukrinform.ua: Neue Tarnuniform für Scharfschützen – Bilder

Die Hauptverwaltung für Entwicklung der materiellen Versorgung im Verteidigungsministerium der Ukraine hat eine neue Tarnuniform für die Soldaten entwickelt.

Wie die Hauptverwaltung auf Facebook mitteilte, besteht die Uniform aus einer Jacke, einer Hose und einem Umhang. Sie werde als die Uniform für Scharfschützen fungieren, doch sie sei auch ein Teil der Kampfausrüstung und Soldaten werden sie auch erhalten.

Die Uniform wurde nach einer Analyse der schon existierenden Uniformen und unter Berücksichtigung der Wünsche der Sniper entwickelt.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_09/1506338730-2941.jpeg

de.sputniknews.com: Moskau: Tod von russischem General in Syrien ist Preis für Heuchelei der USA

Der Tod des russischen Generals in Syrien ist der Preis, den Russland wegen der Heuchelei der USA bei der Krise-Regelung in der Region hat zahlen müssen. Dies sagte der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow am Montag.

„Der Tod des russischen Kommandeurs ist der Preis, die Zahlung in Blut für die Heuchelei der US-Politik in Syrien“, sagte der Diplomat gegenüber Journalisten.

Am vergangenen Sonntag hatte das russische Verteidigungsministerium den Tod des Generalleutnants Valeri Assapow, der eine Gruppe russischer Militärberater in Syrien leitete, gemeldet. Der hochrangige Militär war demnach in der Nähe von Deir ez-Zor

bei einem Minenwerferbeschuss durch die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) ums Leben gekommen.

Zuvor hatte die russische Behörde Luftbilder von IS-Positionen nördlich der syrischen Stadt Deir ez-Zor veröffentlicht, auf denen deutlich Kampfgerät der US-Sondereinheiten zu sehen ist.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31758/99/317589937.jpg>

de.sputniknews.com: Wahlen in Russland: Moskau rechnet mit Finanzierung von Protesten durch USA

Moskau schließt laut Vize-Außenminister Sergej Rjabkow nicht aus, dass Washington im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in Russland Protestaktionen im Land finanziell unterstützen wird.

„Wir schließen nicht aus, dass Washington im Vorfeld der Wahlen einen Teil seiner Finanzmittel zur Unterstützung von Protestaktionen (in Russland – Anm. d. Red.) verwenden wird“, so der Diplomat.

Im Grunde könne man schon jetzt voraussagen, dass, je näher die Präsidentschaftswahlen in Russland rückten, desto stärker die Versuche würden, die Stabilität von innen zu untergraben. „Wir müssen uns für diese Prozesse im wahrsten Sinne des Wortes wappnen“, betonte Rjabkow.

Moskau werde den Einmischungs-Versuchen seitens der USA aktiv entgegenwirken. Aus Sicht des russischen Diplomaten wird die „destruktive Linie“ der Einmischung in die inneren Angelegenheiten auch weiterhin ein Bestandteil der US-Politik in Bezug auf Russland sein

Dnr-online.ru: Der Minister für Einnahmen und Abgaben der DVR Alexandr Timofejew kommentierte am 25. September die zahlreichen Unterstellungen in den von Kiew kontrollierten Massenmedien zum Thema des Anschlags, der von einer ukrainischen Diversions- und Erkundungsgruppe am letzten Samstag auf ihn verübt wurde. Unter anderem wurde von einer Reihe von Medien die Information verbreitet, dass die Ursache des Mordversuchs am Vizepremier der Republik „innere

Bandenkriege“ in der DVR seien.

„In der DVR gibt es keine inneren „Bandenkriege“. Solche Theorien können nur Menschen vorbringen, die an die ukrainische Realität gewöhnt sind. Bei uns leitet das Volk den Staat, deswegen kann es nichts Derartiges geben“, kommentierte der Vizepremier der Republik.

Die wahrscheinlichsten Ursachen des Anschlags sind nach den Worten Alexandr Timofejews, dass er den militärisch-industriellen Komplex anleitet, der auf Initiative des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko geschaffen wurde, sowie auch das Wachstum der Ökonomie der Republik insgesamt, das heute erheblich das der analogen Kennziffern in der Ökonomie der Ukraine übersteigt.

„In der Republik wurde ein militärisch-industrieller Komplex geschaffen. Wie in jedem Land ist das ein geschlossenes Thema, wir können nur einige Ergebnisse zeigen, eines davon ist die Pistole „Oplot“. Und für den ganzen IMK bin ich verantwortlich. Und die Handlungen Kiews sind die Agonie eines Sterbenden. Wenn keine Argumente bleiben, versuchen sie den Gegner zu vernichten“, erklärte der Minister.

Alexandr Timofejew antwortete auch auf die Frage möglicher Zusammenhänge des Anschlags mit der Unzufriedenheit einzelner Bürger, die mit angeblichen Fällen von nicht bestimmungsgemäßer Verwendung von Haushaltsmitteln zu tun haben. „Ich bin verantwortlich für die Einnahme in den Haushalt, aber nicht für seine Verteilung. Dafür gibt es das Finanzministerium“, unterstrich er.

de.sputniknews.com: Saakaschwili verspricht, alle ukrainischen Minister „fortzuschieben“

Der georgische Ex-Präsident und ehemalige Gouverneur des ukrainischen Gebiets Odessa, Michail Saakaschwili, hat erklärt, alle ukrainischen Minister „fortschieben“ zu wollen. Dies meldet das Nachrichtenportal „RT“ am Montag.

In Kiew sind für den 17. Oktober mehrere Meetings geplant. Saakaschwili beabsichtigt, dort seine Forderungen an die Macht zu verkünden.

„Am 17. Oktober kommen wir hierher zurück, und das ukrainische Volk wird sie alle (Minister – Anm. d. Red.) von hier „fortschieben“, erklärte Saakaschwili auf einem Meeting in Kiew. Er fügte hinzu, dass er am Montag Lwiw besuchen werde, um dort Gesinnungsgenossen zu finden.

Saakaschwili, dem am 10. September die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen worden war, hatte mit Unterstützung seiner Mitstreiter die Grenze am Grenzkontrollpunkt „Schegini“ durchbrochen und war so aus Polen auf das Territorium der Ukraine gekommen.

Die Polizei hat ein Verfahren zu fünf Paragraphen gegen ihn eingeleitet, aber der Politiker behauptet, dass er das Gesetz nicht verletzt habe. Das Gericht hat ihn wegen des rechtswidrigen Grenzübertritts für schuldig erklärt und mit einer Geldstrafe in Höhe von 130 Dollar belegt.

Saakaschwili erklärte, er beabsichtige, im Gericht seine ukrainische Staatsangehörigkeit zu schützen. Er behauptet, dass die Strafverfolger bei der Durchsuchung „seinen Pass gestohlen hätten“, was die Polizei jedoch zurückgewiesen hat. Der Politik hat versprochen, bis „zum vollständigen Sieg des Volkes“ in der Ukraine zu bleiben.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30943/85/309438578.jpg>

abends:

Dan-news.info: Die Streitkräfte der DVR sind nicht an dem Beschuss der von den ukrainischen Truppen kontrollierten Stadt Marjinka beteiligt. Dies teilte heute das operative Kommando der Republik als Kommentar zu einer Erklärung der Nationalpolizei der Ukraine mit.

„Unsere Einheiten führen streng eine der heute grundlegenden Aufgaben aus – das ist die genaue Einhaltung des „Regimes der Ruhe“. Es wurden keinerlei Beschüsse festgestellt, von den Positionen der Streitkräfte der DVR aus wurde das Feuer nicht eröffnet. Alle Beschuldigungen sind vom offiziellen Kiew zur Beschuldigung der Kräfte der Republik gegenüber ihren westlichen Schutzherren fabriziert“, heißt es in der Mitteilung.

Außerdem wurden nach Angaben des Kommandos heute tagsüber von den Positionen der ukrainischen Truppen aus das Feuer mit Granatwerfern auf **Donezk** eröffnet. Unter Beschuss geriete **Trudowskije im Petrowskij-Bezirk** der Stadt.

Zuvor hatte der Pressedienst der Nationalpolizei der Ukraine erklärt, dass das von Kiew kontrollierte Marjinka, das westlich von Donezk liegt, von den Positionen der Streitkräfte der Republik aus beschossen wurde.

de.sputniknews.com: Putin und Erdogan besprechen Ende des Bürgerkriegs in Syrien
Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Montag mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan bei einem Telefonat die Syrien-Krise besprochen. Das meldet der Pressedienst des Kreml.

Bei dem Telefongespräch wurden demnach die positiven Ergebnisse der sechsten Runde der Syrien-Gespräche in Astana am 14. und 15. September erörtert.

„Es wurde betont, dass die Schaffung von vier Schutzzonen in Syrien den Weg für das Ende des Bürgerkriegs und für eine politische Regelung ebnet“, hieß es weiter. Die Regelung müsse auf den Prinzipien der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit des Landes basieren.

Die beiden Staatschefs hätten zudem die Wichtigkeit der weiteren Koordinierung der Anstrengungen Russlands und der Türkei in dieser Richtung hervorgehoben.

[Ukrinform.ua: UNO berichtet über schwere Menschenrechtsverletzungen auf der besetzten Krim](#)

Die Menschenrechtssituation auf der Krim hat sich nach der Annexion der Halbinsel durch Russland deutlich verschlechtert.

Laut einem Bericht des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte wurden auf der Krim solche Verletzungen der Menschenrechte wie „willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, Verschwindenlassen, Misshandlungen und Folter“ dokumentiert.

Im Bericht wird betont, dass alle Einwohner der Krim betroffen waren, als nach der Annexion ukrainische Gesetze durch russische ersetzt wurden. Zehntausende seien durch die russische Staatsbürgerschaft beeinträchtigt worden. Diese und andere Aktionen, die im Bericht erwähnt sind, hätten humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte verletzt.

Der Bericht beinhaltet 20 Empfehlungen für die russische Regierung und ruft sie als Besatzungsmacht auf, die Einhaltung der Menschenrechte zu gewährleisten und alle Berichte über Folter, Entführungen und Tötungen mit der Beteiligung der Sicherheitsbehörden und Selbstverteidigung der Krim zu untersuchen.

Die Vereinten Nationen berichten über Hunderte von Häftlingen und Festgenommenen in der U-Haft, die nach Russland verlegt wurden, was durch das humanitäre Völkerrecht verboten ist. Zehn Personen seien spurlos verschwunden.

Besonders betroffen seien Gegner des Referendums im März 2014 und anderen Kritiker, wie Journalisten, Blogger, Anhänger des Medschlis des krimtatarischen Volkes.

Die ukrainische Sprache im Schulunterricht ist dem Bericht zufolge auf der Krim fast verschwunden.

[de.sputniknews.com: Moskau: UN-Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen auf der Krim absurd](#)

Der jüngste Bericht des UN-Menschenrechtsbüros, in dem „zahlreiche Verstöße“ gegen die Menschenrechte auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim erwähnt werden, ist absurd. Das erklärte der Vizechef des Auswärtigen Ausschusses der russischen Staatsduma, Alexej Tschepa, am Montag in Moskau.

„Wir werden derartige Dummheiten nicht kommentieren. Ich glaube, dass Provokateure solche Enten absichtlich in die Welt setzen, damit Menschen darüber diskutieren. Das ist absurd. Das ist kein Diskussionsthema“, sagte der Parlamentarier. Zuvor hatte das UN-Menschenrechtsbüro Russland schwere Menschenrechtsverstöße auf der 2014 einverleibten Krim vorgeworfen. Unter der russischen Herrschaft habe auch die Minderheit der Krimtataren zu leiden, deren Interessenvertretung Medschlis verboten worden sei, hieß es in einem am Montag in Genf präsentierten Bericht. Die unabhängige Berichterstatteerin Fiona Frazer sprach in ihrem Papier von willkürlichen

Festnahmen und

In dem Bericht stuft das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) die Krim als vorübergehend besetztes Gebiet ein. Dort hätten nach internationalem Recht weiter die ukrainischen Gesetze zu gelten. Dies widerspricht der Moskauer Auffassung, nach der die Krim Teil Russlands geworden ist und auf der Halbinsel damit russische Gesetze gelten.

Russland müsse gewaltsame Übergriffe von Sicherheitsorganen aufklären und solle Versammlungs- und Meinungsfreiheit sichern, empfahl das OHCHR. Krimbewohner, die keinen russischen Pass angenommen hätten, dürften nicht diskriminiert werden.

„Die Frage der Staatsbürgerschaft hat das Leben vieler Krim-Bewohner verändert“, sagte Hochkommissar Said Raad al-Hussein. Die Ukraine wurde aufgefordert, den Reiseverkehr mit der Krim so einfach wie möglich zu machen.

Das Kommissariat erinnerte daran, dass unter Hunderten von Festgenommenen bzw. Verurteilten der 2014 inhaftierte ukrainische Regisseur Oleg Senzow ist, dem die russische Justiz Terrorismus zur Last legt. Nach UN-Angaben starben mindestens drei Festgenommene wegen schlechter Haftbedingungen



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31727/82/317278207.jpg>

de.sputniknews.com: Putin und Rouhani im Gespräch: Kernpunkt der Kooperation von Russland und Iran

Der russische Präsident Wladimir Putin und der iranische Staatschef Hassan Rouhani haben während eines Telefongesprächs die Regelung der Situation um das iranische Kernwaffenprogramm besprochen und die Wichtigkeit der Realisierung des gemeinsamen umfassenden Aktionsplanes unterstrichen. Das hat der Kreml-Pressedienst am Montag gemeldet.

„Während des Meinungs austausches zur Regelung der Situation um das iranische Kernwaffenprogramm wurde die Wichtigkeit einer vollständigen Realisierung des gemeinsamen umfassenden Aktionsplanes als eines ernsthaften Faktors für die Gewährleistung der regionalen Stabilität und Sicherheit verzeichnet“, heißt es in der Mitteilung.

Es wird ferner betont, dass im Laufe des Gespräches einige aktuelle Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in unterschiedlichen Bereichen sowie die Problematik der Kooperation im Format Russland-Iran-Aserbaidshan berührt worden seien. Darüber hinaus haben die Präsidenten vereinbart, weiterhin Kontakt zu halten.